

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Arbeit und Soziales**

40. Sitzung  
19. September 2024

Beginn: 09.06 Uhr  
Schluss: 12.14 Uhr  
Vorsitz: Lars Düsterhöft (SPD)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

**Taylan Kurt** (GRÜNE) stellt die im Vorfeld schriftlich eingereichte Frage:

„Was sind die konkreten Gründe für das Scheitern der von der Senatsverwaltung geplanten bürger\*innenfreundlichen Ausgabe des Berechtigtenausweises und welche weiteren Schritte sind hierzu geplant (neben der Festsetzung der sogenannten Übergangslösung als neue Dauerlösung)?“

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) führt aus, am 10. September 2024 sei per Senatsbeschluss entschieden worden, dass ab dem 1. Januar 2025 die Übergangsregelung gelte. Hintergrund sei, dass mit Einführung des Berechtigungsnachweises zum 1. Januar 2023 in Verbindung mit der VBB-Kundenkarte der Bezug des Sozialtickets kompliziert geworden sei. Es habe Lücken gegeben, Berechtigte hätten ihre Berechtigungsnachweise teils verspätet bekommen und ihr Recht auf Mobilität in der Stadt nicht nutzen können. Zu einer anderen digitalen Lösung hätten Gespräche und Verhandlungen stattgefunden. Diese sei aufgrund unterschiedlicher Fachverfahren, unterschiedlicher Leistungsbehörden und der Kompetenzen von Bund und Ländern nicht einfach. SenASGIVA sei diesbezüglich in Gesprächen mit dem Bundesarbeitsministerium und warte auf eine Stellungnahme. Auch eine Rückkehr zur alten

Lösung, dem berlinpass, sei erwogen worden. Die Senatskanzlei habe dies nicht befürwortet, daher der Senatsbeschluss zur Übergangslösung. Der Leistungsbescheid reiche aus, bis eine andere Lösung gefunden werde. Man werde auch weiterhin mit der Landesdatenschutzbeauftragten zusammenarbeiten, da es datenschutzrechtliche Hürden gebe. Bis zum Ende des Jahres wolle man einen Bericht zum weiteren Vorgehen abgeben.

**Staatssekretär Aziz Bozkurt** (SenASGIVA) ergänzt, die Vorgängerregierung habe nach Abschaffung des berlinpasses keine verlässlichen Voraussetzungen geschaffen. Mit der BVG habe man verschiedene digitale Lösungen erarbeitet und sei bei einer datenarmen Variante gelandet. Dabei komme es von den BVG-Ticketautomaten zu einer Abfrage der Kenntnis des Namens und Geburtsdatums bei den Leistungsstellen. Dies sei eine Ja-Nein-Abfrage, bei der keine Daten zurückgespielt werden müssten. Dies sei vom Landes- und Bundesdatenschutz kritisch gesehen worden, da, so das Argument, die Jobcenter nicht die Aufgabe hätten, nachzuweisen, ob jemand im Leistungsbezug sei oder nicht. Ein Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales – BMAS – habe eine andere Aufgabenstellung ausgewiesen und argumentiert, dass der Nachweis zu erbringen sei. Mit dem BMAS gebe es Gespräche dazu, dass der Bundesagentur für Arbeit deutlich zu machen sei, dass eine Lösung unverzichtbar sei. Da mehrere Länder ähnliche Problemlagen hätten, gebe es mehr Druck. Die Gespräche mit dem BMAS wirkten. Auch in der AG IT sei das Thema aufgerufen worden. Es sei auf Bundesebene in Prüfung, ob auf den Leistungsnachweis rechts oben ein Code gedruckt werden könne, der bei der BVG-Kontrolle gescannt werden und so den Nachweis über den Leistungsbezug erbringen könne. Einschätzung der Juristen der SenASGIVA sowie der BVG sei es, dass die vorherige Lösung datenschutzkonform sei. Die Meinungen seien aber unterschiedlich. Unter Abwägung aller Bedürfnisse sei erst mal im Sinne der Betroffenen festgelegt worden, dass diese mit dem Leistungsnachweis an die Leistungen kämen. Dies habe Vorrang vor allen anderen Fragen.

**Taylan Kurt** (GRÜNE) fragt, wie Staatssekretär Bozkurt seine Aussagen zu den datenschutzrechtlichen Bedenken vor dem Hintergrund erkläre, dass vor zwei Tagen eine Pressekonferenz der Berliner Datenschutzbeauftragten, Frau Kamp, stattgefunden habe, der die Frage gestellt worden sei, wie es mit der Lösung um den berlinpass verhalte, woraufhin Frau Kamp vorgetragen habe, dass sie nicht wisse, warum das Projekt aufgegeben worden sei, da sie eng mit Sozialämtern und Jobcentern kooperiert hätte. Habe der Staatssekretär eine andere Einschätzung als Frau Kamp oder einen anderen Sachstand?

**Staatssekretär Aziz Bozkurt** (SenASGIVA) wiederholt, die rechtlichen Sichtweisen in Bezug auf die Frage, ob das Jobcenter nachweisen müsse, dass jemand Leistungsbezieher sei, seien unterschiedlich gewesen. Die von Frau Kamp vorgeschlagene Lösung habe verschiedene Fallstricke, würden aber parallel zu allen anderen Vorschlägen weiter verfolgt. Die BVG habe angemerkt, dass es am Ticketautomaten keinen Code-Scanner gebe, womit das Problem beim Kontrolleur lande. Die BVG akzeptiere dies, sofern zumindest ein halb-digitaler Vorgang zu realisieren sei.

**Katina Schubert** (LINKE) stellt die im Vorfeld schriftlich eingereichte Frage:

„Der Senat hat auf seiner Sitzung am 10. Oktober 2023 beschlossen, den ermäßigten Verkaufspreis für das Berlin-Ticket S bis zum 31. Dezember 2025 zu verlängern. Hält sich der Senat an seinen eigenen Beschluss, und kann er der Stadtgesellschaft

zusagen, dass das Sozialticket S bis mindestens Ende 2025 für 9 Euro erhältlich sein wird?“

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) erklärt, Versprechen müsse man halten. Sie habe bereits im Plenum gesagt, dass sie sich für den Erhalt des Sozialtickets einsetzen werde, da sie von diesem Instrument überzeugt sei. Der Senat sei in Vorverhandlungen darüber, wie im kommenden Jahr Einsparungen vorgenommen werden könnten und welche Priorisierungen möglich seien. Den Verhandlungen wolle und könne sie nicht vorgreifen.

**Katina Schubert** (LINKE) erklärt, der Haushaltsgesetzgeber haben seinen politischen Willen im Haushaltsbeschluss 2024/25 deutlich gemacht. Darin sei eine Finanzierung des Sozialtickets im Jahr 2025 vorgesehen. Sie habe den Eindruck, dass die Position des Senats eine andere sei. Der Bundesarbeitsminister habe für das nächste Jahr bereits eine Nullrunde für Bürgergeldbeziehende angekündigt. Müssten die Betroffenen damit rechnen, dass auch noch das Sozialticket wegfallen oder sich verteuere?

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) wiederholt, sie könne den Vorverhandlungen nicht vorgreifen.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft** erklärt den Tagesordnungspunkt für abgeschlossen.

## Punkt 2 der Tagesordnung

### **Bericht aus der Senatsverwaltung**

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) berichtet, der Senat habe im Juli beschlossen, dass man an einer Berliner Fachkräftestrategie arbeiten wolle. Die interministerielle Arbeitsgruppe dazu habe diese Woche in ihrer konstituierenden Sitzung die Arbeit aufgenommen.

Am 16. September 2024 habe sie an einem Termin anlässlich der 25 000sten Beratung des Stromspar-Checks in Berlin teilgenommen. Das Programm ermögliche langzeitarbeitslosen Menschen wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Eine zweite Säule des Programms sei die Unterstützung von Menschen mit geringen Einkommen dabei, Heiz- und Stromkosten zu sparen. Drittens verfolge das Programm das gesamtgesellschaftliche Ziel einer Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Austöße. Alle drei Säulen seien erfolgreich, das Team engagiert. Sie bedanke sich beim Träger, der Caritas, für die Unterstützung. Kooperationspartner seien die Berliner Energieagentur und die DEGEWO. Die Zusammenarbeit funktioniere gut, und sie freue sich über die Fortführung des Programms. Berlinweit gebe es zehn Standorte. Bisher habe man mit dem Angebot 65 000 Menschen erreicht und circa 500 Langzeitarbeitslose als Stromsparhelferinnen und -helfer ausgebildet.

Weiterhin habe sie die Mobile BAUWERKstatt besucht. Das Projekt werde seit 2022 von SenASGIVA gemeinsam mit der SOKA-Bau und dem Bildungsverein Bautechnik gefördert. Es stelle die duale Ausbildung in den Vordergrund und mache für junge Menschen verschiedene Ausbildungsberufe deutlich. Die Zusammenarbeit mit der SOKA-Bau und der BAUWERKstatt wolle man hinsichtlich der Berufsorientierung weiter schärfen.

Die heutige Ausschusssitzung müsse sie um 09.40 Uhr verlassen, um am Rat der Bürgermeister teilzunehmen. Dort sei ihre Teilnahme erbeten worden.

**Taylan Kurt** (GRÜNE) erklärt, er verstehe den Bericht der Senatsverwaltung nicht als Pressekonzferenz. SenASGIVA habe eine Pressemitteilung zum Berechtigtenausweis herausgegeben. Das gewählte Verfahren sei schamhaft, die Kommunikation mit den Betroffenen unzureichend. Wie sehe die Senatorin dies? Könne die Senatorin weiterhin Informationen zum Start der Kältehilfe und der 24/7-Unterkünfte teilen? Was sei aus dem geplanten Interessenbekundungsverfahren geworden? Sei diesbezüglich eine Einigung mit der Senatsfinanzverwaltung erzielt worden?

**Vorsitzender Lars Düsterhöft** stellt fest, die vom Abgeordneten Kurt gestellten Fragen seien von der Senatorin nicht im Rahmen ihres Berichts aus der Senatsverwaltung angesprochen worden. Es stehe der Senatorin frei, darauf einzugehen. Die sich im Ausschuss einstellende Praxis, im Rahmen des Berichts aus der Senatsverwaltung Fragen zu stellen, die sich nicht auf den Bericht bezögen, sei nicht in Ordnung und würde den Tagesordnungspunkt ad absurdum führen.

**Sebahat Atli** (SPD) fragt, welche Maßnahmen die Senatsverwaltung plane, um die Reichweite und die Effizienz des Projekts Stromspar-Check zu steigern, insbesondere angesichts der aktuellen Krisensituation.

**Christoph Wapler** (GRÜNE) weist darauf hin, dass das Projekt Stromspar-Check seit 16 Jahren existiere und auch vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert werde. Wie bewerte die Senatorin den Aspekt der Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt beim Projekt? Welche Maßnahmen seien erforderlich, um die Qualifizierung von Langzeiterwerbslosen so zu erhöhen, dass diese bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten?

**Damiano Valgolio** (LINKE) führt aus, die Ausbildungszahlen seien negativ. Es würden immer weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen werden. Die Zahl unversorgter Bewerber steige. Welche konkreten Vorschläge und Anforderungen an die Unternehmen und Sozialpartner wolle SenASGIVA im Bündnis für Ausbildung unterbreiten?

**Tonka Wojahn** (GRÜNE) fragt, wann die nächste Sitzung des Bündnisses für Ausbildung sei und was auf der Agenda stehe. Welche Maßnahmen aus dem Maßnahmenkatalog seien bereits umgesetzt worden? Was sei kurzfristig geplant, um die vom Abgeordneten Valgolio beschriebenen Situation zu verbessern? Was habe die Senatorin von ihrem Projektbesuch mitgenommen?

**Sven Meyer** (SPD) bittet um Auskunft dazu, inwieweit beim Bündnis für Arbeit die Berufsorientierung eine zentrale Rolle spiele. Werde dies noch geschärft? Das Modellprojekt ziele darauf, junge Menschen in die Praxis zu bringen. Könne aus dem Modellprojekt ein Instrument werden?

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) bestätigt, dass auch das Bundeswirtschaftsministeriums an der Förderung des Projekts Stromspar-Check beteiligt sei. Neben der Beratung erhielten die Menschen Zuschüsse, etwa bei einem Wechsel des Kühlschranks. Aktuell seien über das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz 19 Stromsparhelferinnen und -

helfer in der Stadt unterwegs. Gewünscht seien vom Träger 35. Gesamtstädtisch seien aktuell 25 Stromsparhelferinnen und -helfer aktiv. Kofinanziert werde die arbeitsmarktpolitische Maßnahme über §§ 16e und 16i SGB II. Ziel sei es, langzeitarbeitslose Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Aufgabe der Stromsparhelferinnen und -helfer sei anspruchsvoll. Sie seien engagiert und in den Kiezen anerkannt, was die Glaubwürdigkeit erhöhe. Der Ansatz sei der einer niedrigschwelligen Unterstützung.

In Bezug auf das Bündnis für Ausbildung habe man 47 zu erreichende Maßnahmen definiert. Es seien verschiedene Senatsverwaltungen beteiligt. Man werde sich anschauen, wie sich die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bis Ende 2025/Anfang 2026 entwickle. Diese Jahr erhalte man die Zahlen für das vorherige Jahr. Mit der Wirtschaftsverwaltung bestehe Einigkeit darüber, dass die Zahlen bei den Kammern nachgefragt würden. Von der nächsten Sitzung erhoffe sie sich eine Besprechung der Zahlen, aber auch einen Austausch darüber, wie die Verantwortlichen im Bereich ihrer Maßnahmen vorangekommen seien. SenASGIVA arbeite an Maßnahmen im Rahmen der beruflichen Orientierung, zum Beispiel mit dem Projekt BAUWERKstatt, aber auch an anderen Maßnahmen zur Verbesserung der Sichtbarkeit der dualen Ausbildung, zur Bedeutung von Fachkräften etc. Sie werde nach der nächsten Sitzung berichten. Die SOKA-Bau sei ein gutes Beispiel dafür, wie erfolgreich die Umlage sei. Die Betriebe würden sich durch Verbundausbildungen gegenseitig unterstützen. Die Betriebe, die ausbildeten, würden stärker unterstützt.

**Sebahat Atli** (SPD) erkundigt sich, ob auch die SenMVKU in das Projekt Stromspar-Check involviert sei. Es gebe im Rahmen des Projekts die Möglichkeit, mit einem Zuschlag von 200 Euro den eigenen Kühlschrank auswechseln zu lassen. Dies gelte für Geräte einer bestimmten Effizienzklasse, die vor 2018 gekauft worden seien. Es sei davon auszugehen, dass Menschen auch nach 2018 Geräte mit schlechterer Effizienzklasse erworben hätten. Sehe die Senatorin die Möglichkeit, hier eine Anpassung im Sinne der Betroffenen zu erwirken?

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) berichtet, der angesprochene Zuschuss komme vom Bundeswirtschaftsministerium. Die SenMVKU sei nicht am Projekt beteiligt. Gerne nehme sie die Anregung auf, mit Senatorin Bonde zum Thema zu sprechen.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft** erklärt den Tagesordnungspunkt für abgeschlossen.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten aus der  
Ukraine in Berlin**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

[0177](#)  
ArbSoz

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Berliner Fachkräftestrategie – aktueller Sachstand**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0196](#)  
ArbSoz

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 19/1496  
**Drittes Gesetz zur Änderung des Berliner  
Ladenöffnungsgesetzes**

016  
ArbSoz  
WiEnBe(f)  
KultEnDe

**Christoph Wapler** (GRÜNE) führt aus, beim Antrag ginge es um das jüdische Leben in der Stadt, konkret die koscheren Geschäfte. Diese seien am Schabbat geschlossen. Aufgrund der Sonntagsruhe könnten Kundinnen und Kunden am Wochenende nie in den Geschäften einkaufen. Berlinweit ginge es um drei bis vier Geschäfte. Es habe den Versuch gegeben, mit den anderen demokratischen Fraktionen eine Einigung über den Antrag herzustellen, was bislang gescheitert sei. Es sei wichtig festzuhalten, dass jüdische Familien in Berlin leben und einkaufen können müssten. Dafür müssten die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Rechtliche Bedenken gebe es nicht, auch nicht von der Senatsverwaltung. Er bitte um Zustimmung.

**Sven Meyer** (SPD) erklärt, die SPD-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen. Einerseits gebe es am Samstag alternative Einkaufsmöglichkeiten für koscheres Essen. Zudem gebe es rechtliche Bedenken; er verweise auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil zu Sonntagsöffnungszeiten. Im Falle einer Sonntagsöffnung müsse man dies im Sinne des Gleichheitsgebots auch für andere Glaubensrichtungen tun. Das Grundansinnen größtmöglicher Freiheit jüdischen und anderen religiösen Lebens in Deutschland unterstütze man.

**Der Ausschuss** empfiehlt dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe die Ablehnung des Antrag – Drucksache 19/1496.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/1756  
**Deutsch- und Fachsprachkurse zur Unterstützung  
für Berlins Azubis**

[0194](#)  
ArbSoz  
BildJugFam(f)

**Vorsitzender Lars Düsterhöft** stellt fest, es liege ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD vor.

**Sven Meyer (SPD)** führt aus, Sprachkurse müssten direkt in den Ausbildungsbetrieb integriert werden, damit diese nicht am Samstag oder Freitagabend stattfänden. Zum Änderungsantrag sei anzumerken, dass der Antrag nahegelegt habe, dass es vor allem um die privaten, staatlichen anerkannten Berufsschulen ginge. Die Kurse sollten aber an allen Berufsschulen stattfinden, sowohl an den staatlichen als auch an den privaten, staatlich anerkannten. Man bedanke sich für den Hinweis der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den man in den Änderungsantrag aufgenommen habe.

**Christoph Wapler (GRÜNE)** bedankt sich für die konstruktive Aufnahme des Hinweises. Man werde dem Antrag zustimmen.

**Der Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag an und empfiehlt dem federführenden Ausschuss die Annahme des Antrags – Drucksache 19/1756 – in der soeben geänderten Fassung.

#### Punkt 7 der Tagesordnung

##### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.